

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 14/2023

6. April 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung des Universitätsklinikums Leipzig an der Universität Leipzig vom 22. März 2023 446

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über das Zuweisungsverfahren sowie die Verteilung und Verwendung der Mittel nach dem Gesetz über das Kommunale Energie- und Klimabudget (VwV Zuweisungen KomEKG) vom 21. März 2023 447

Fünfte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Ausgleichszulagen vom 17. März 2023 458

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Ungültigkeitserklärung eines Dienst Siegels vom 23. März 2023 462

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur öffentlichen Auslegung des Verordnungsentwurfes zur Festsetzung des Hochwasserentstehungsgebietes „Oberlausitzer Bergland/Hohwald“ Gz.: DD42-8612/1859/3 vom 16. März 2023 463

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe der Firma Model Sachsen Papier GmbH am Standort 04838 Eilenburg vom 21. März 2023 465

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Staatsbetriebes Sachsenforst (obere Forstbehörde) nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 23. März 2023 468

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Grundwasserentnahme“ nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 23. März 2023 470

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Waldumwandlung“ nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 23. März 2023 472

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Prozesswasserbehandlung“ nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 23. März 2023 474

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Wasserspeicher“ nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 23. März 2023 476

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung des Universitätsklinikums Leipzig an der Universität Leipzig – rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Freistaates Sachsen –

Vom 22. März 2023

Aufgrund von § 3 Absatz 4 Nummer 4 und § 12 des Universitätsklinikums-Gesetzes vom 6. Mai 1999 (SächsGVBl. S. 207), das zuletzt durch Artikel 26 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wird folgende Satzung erlassen:

Artikel 1

Buchstabe D der Anlage zur Satzung des Universitätsklinikums Leipzig an der Universität Leipzig – rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts – vom 26. Februar 2020 (SächsABl. S. 230), die durch die Satzung vom 28. Oktober 2020 (SächsABl. S. 1322) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„D. Department für Innere Medizin, Neurologie und Dermatologie

1. Klinik und Poliklinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie
2. Medizinische Klinik und Poliklinik für Hämatologie, Zelltherapie, Hämostaseologie und Infektiologie (I)
3. Medizinische Klinik und Poliklinik für Onkologie, Gastroenterologie, Hepatologie und Pneumologie (II)
4. Medizinische Klinik und Poliklinik für Endokrinologie, Nephrologie und Rheumatologie (III)
5. Medizinische Klinik und Poliklinik für Kardiologie (IV)
6. Medizinische Klinik und Poliklinik für Angiologie (V)
7. Klinik und Poliklinik für Neurologie
8. Tagesklinik für kognitive Neurologie“

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 1. April 2023 in Kraft.

Dresden, den 22. März 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Dr. Ronald Werner
Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Kay-Uwe Voß
Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft über das Zuweisungsverfahren sowie die Verteilung und Verwendung der Mittel nach dem Gesetz über das Kommunale Energie- und Klimabudget (VwV Zuweisungen KomEKG)

Vom 21. März 2023

Auf Grund des Gesetzes über das Kommunale Energie- und Klimabudget vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705, 737) wird folgende Verwaltungsvorschrift erlassen:

Inhaltsübersicht

- I. Allgemeine Grundsätze
- II. Verwendungszweck
- III. Zuweisungsempfangende und Letztempfangende
- IV. Weiterreichen der Zuweisungen
- V. Berechnung, Festsetzung und Zahlung
- VI. Beachtung des Beihilferechts
- VII. Nachweis der Verwendung
- VIII. Berichterstattung und Evaluierung
- IX. Transparenz
- X. Inkrafttreten

Anlagen:

- 1 Kriterien zur Auswahl wirksamer Investitionen und Maßnahmen
- 2 Information über die Ergebnisse der Auswahlverfahren und Verwendungsnachweis der Landkreise und Kreisfreien Städte gegenüber der Landesdirektion Sachsen
- 3 Beihilfe-Kurzinformation

I. Allgemeine Grundsätze

Vor dem Hintergrund der zunehmend spürbaren Auswirkungen des Klimawandels beschreibt das Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2021 die strategische Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik für Sachsen bis 2030 und stellt die notwendigen Handlungsansätze für Klimaschutz, Energiewende und Klimaanpassung dar. Die kommunale Ebene ist dabei ein wesentlicher Akteur, da sich die damit verbundenen Herausforderungen dort vielfältig niederschlagen. Daher erhalten die Kommunen mit dem Gesetz über das Kommunale Energie- und Klimabudget unter Berücksichtigung der kommunalen Selbstverwaltung zweckgebundene Zuweisungen für Investitionen und Maßnahmen insbesondere mit dem Ziel einer klimafreundlichen Sicherstellung der Daseinsvorsorge in kommunaler Zuständigkeit.

II.

Verwendungszweck

Die Zuweisungen sind für Investitionen und Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Energiewende und Klimaanpassung insbesondere im Hinblick auf eine klimafreundliche kommunale Daseinsvorsorge vorgesehen.

Die Zuweisungen sind für Investitionen in den folgenden Bereichen zu verwenden:

1. Errichtung und Ausbau von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (einschließlich Nutzung von Speichern und Systemen zur intelligenten Steuerung von Bereitstellung und Nutzung), auch zur Resilienz gegenüber hohen Energiekosten (zum Beispiel Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden oder Nutzung von Geothermie),
2. klimaschonende Mobilität (zum Beispiel Umstellung des kommunalen Fuhrparks einschließlich Bereitstellung der dafür benötigten Ladeinfrastruktur, Verbesserungen für die Fahrradmobilität),
3. Energieeinsparung und Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz, auch zur Resilienz gegenüber hohen Energiekosten und zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, sowie Beförderung von Sektorenkopplung und Synergieeffekten (zum Beispiel effizientere Nutzung von Wasser, Wasseraufbereitung, Flächenrecycling, effizientere Gebäudetechnik oder technische Prozesse, Nutzung von Abwärme),
4. Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Klimaveränderungen (zum Beispiel Regenwassermanagement, verbesserter Wasserrückhalt, auf Dürresituationen und Starkregen angepasste ökologische Gewässerunterhaltung und naturnahe Gewässerentwicklung von Oberflächengewässern, angepasste Gebäudekörper, Entsiegelung).

Die Zuweisungen können auch für Maßnahmen für die Vorbereitung und Unterstützung entsprechender Investitionen (zum Beispiel Beratungs- und Sachverständigenleistungen, Planungsleistungen, Netzwerke) oder für den Ausbau von Wissen und Wissenstransfer (zum Beispiel Schaffung von Beratungsangeboten) genutzt werden. Als Vorbereitung von Investitionen gelten auch Maßnahmen zur Einführung und Etablierung kommunaler Energiemanagements und Wärmeplanungen. Unterstützt werden kann auch die Organisation und Umsetzung von Bürgerbeteiligungsangeboten zur Umsetzung von Erneuerbaren-Energien-Projekten auf dem Gemeindegebiet oder bei gemeindeübergreifenden Projekten.

Die Zuweisung darf mit weiteren Drittmitteln kombiniert und als Eigenmittel für Förderungen verwendet werden, sofern der Verwendungszweck eingehalten und dies beihilferechtlich zulässig ist.

III.

Zuweisungsempfängende und Letztempfängende

Zuweisungsempfängende sind die Landkreise und Kreisfreien Städte im Freistaat Sachsen. Diese sind für die Entscheidung über die Mittelverwendung zuständig.

Letztempfängende sind kreisangehörige Gemeinden oder kommunale Unternehmen gemäß §§ 94a, 95 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, soweit Kommunen mindestens mit 50 Prozent an diesen beteiligt sind.

IV.

Weiterreichen der Zuweisungen

Die Zuweisungsempfängenden können die Zuweisungen an Letztempfängende zur Verwirklichung von Investitionen und Maßnahmen nach Ziffer II weiterreichen. Ein Anspruch auf Weiterreichung besteht nicht. Bei einer Weiterreichung durch die Zuweisungsempfängenden sind alle maßgebenden Bestimmungen des KomEKG und dieser Verwaltungsvorschrift den Letztempfängenden aufzuerlegen. Dies betrifft insbesondere die zweckentsprechende Verwendung für eine konkrete Investition oder Maßnahme, die Höhe der Zuweisung und den Verwendungsnachweis. In diesen Fällen haben die Zuweisungsempfängenden den Letztempfängenden auch ein Prüfungsrecht für die Zuweisungsempfängenden, die Landesdirektion Sachsen, das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft sowie für den Sächsischen Rechnungshof aufzuerlegen.

V.

Berechnung, Festsetzung und Zahlung

Die Zuweisungsempfängenden erhalten in den Jahren 2023 und 2024 jeweils eine pauschale, zweckgebundene Zuweisung aus einem Klimabudget in Höhe von 13 000 000,00 Euro zu gleichen Teilen.

Die Festsetzung der Zuweisungen erfolgt in den Jahren 2023 und 2024 von Amts wegen durch die Landesdirektion Sachsen jeweils bis zum 31. März mittels Festsetzungsbescheid. In diesem Bescheid ist den Zuweisungsempfängenden ein Prüfungsrecht für die Landesdirektion Sachsen, das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft sowie für den Sächsischen Rechnungshof aufzuerlegen.

Sowohl die Mittelverwendung als auch das Weiterreichen der Mittel durch die Zuweisungsempfängenden für wirksame Investitionen und Maßnahmen erfolgt in einem transparenten Auswahlverfahren in eigener Zuständigkeit der Zuweisungsempfängenden. Eine Verteilung der Zuweisungen nach Anzahl der Einwohner der kreisangehörigen Gemeinden ist kein geeignetes Verfahren im Hinblick auf die Wirksamkeit. Für die Bewertung der zu erwartenden Wirksamkeit sind mindestens die Kriterien gemäß Anlage 1 heranzuziehen.

Die Zuweisungsempfängenden berichten der Landesdirektion Sachsen nach Durchführung des Auswahlverfahrens unverzüglich über die ausgewählten Investitionen und Maßnahmen unter Verwendung von Anlage 2, Teil 1. Die Landesdirektion Sachsen übermittelt diese Übersichten dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zum Zwecke der Information als Datei.

Die Mittel können für Ausgaben vom Zeitpunkt der ersten Zuweisung an bis 31. Dezember 2025 (Verwendungszeitraum) verwendet und jeweils in die kommenden Haushaltsjahre bis 2025 übertragen werden. Nicht verausgabte Mittel können durch die Zuweisungsempfängenden innerhalb des Verwendungszeitraums erneut transparent verwendet oder weitergereicht werden.

VI.

Beachtung des Beihilferechts

Den Zuweisungsempfängenden obliegt die Beachtung der beihilferechtlichen Vorschriften bei der Finanzierung von Maßnahmen. Dies betrifft zunächst die Prüfung, ob es sich um beihilferelevante Maßnahmen handelt. Besteht eine Beihilferelevanz, so ist eine beihilferechtskonforme Verwendung der Mittel zu gewährleisten. Als Rechtsgrundlagen kommen vorrangig die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 (Allgemeine De-minimis-Verordnung) sowie die Verordnung (EU) Nr. 360/2012 (DAWI-De-minimis-Verordnung) in Betracht.

Für eigene beihilferelevante Maßnahmen der Zuweisungsempfängenden kommen ausschließlich die beiden De-minimis-Verordnungen zur Anwendung. Ergibt die Prüfung für eigene Maßnahmen der Zuweisungsempfängenden das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe, ist vor Beginn der Maßnahme die Landesdirektion Sachsen über die Beihilferelevanz der geplanten Maßnahmen zu informieren.

Im Falle der Anwendung der De-minimis-Verordnungen erfolgt die beihilferechtliche Prüfung auf der Grundlage der De-minimis-Erklärung der Zuweisungsempfängenden oder Letztempfängenden. Hierzu legen die Zuweisungsempfängenden bei eigenen beihilferelevanten Maßnahmen die De-minimis-Erklärung der Landesdirektion Sachsen ausgefüllt zur Prüfung vor. Im Falle einer Weiterreichung der Mittel sind die Letztempfängenden durch die Zuweisungsempfängenden über die geplante Gewährung einer De-minimis-Beihilfe zu informieren (De-minimis-Mitteilung) und zugleich zur Abgabe der De-minimis-Erklärung aufzufordern. In der De-minimis-Erklärung sind alle bereits erhaltenen und beantragten De-minimis-Beihilfen sowie sonstige auf dieselben beihilfefähigen Kosten bezogene Beihilfen anzugeben. Auf der Grundlage der Angaben ist die Einhaltung der Höchstbeträge der einschlägigen De-minimis-Verordnung zu prüfen. Bei Gewährung einer De-minimis-Beihilfe ist den Zuweisungsempfängenden im Falle von eigenen beihilferelevanten Maßnahmen durch die Landesdirektion Sachsen oder den Letztempfängenden durch die Zuweisungsempfängenden eine De-minimis-Bescheinigung über die Höhe der zu gewährenden De-minimis-Beihilfe auszustellen. Zudem sind die Aufbewahrungspflichten nach der einschlägigen De-minimis-Verordnung zu beachten.

Bei Beihilfen nach der DAWI-De-minimis-Verordnung ist ergänzend zu beachten:

Eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) ist eine wirtschaftliche Tätigkeit, die dem Allgemeinwohl dient und ohne staatliche Eingriffe am Markt überhaupt nicht oder in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Be-

zahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universaler Zugang nur zu anderen Standards durchgeführt würde (Leitfaden der Europäischen Kommission vom 29. April 2013, SWD [2013] 53 final/2). Die Zuweisungsempfängenden oder Letztzempfangenden der Beihilfe müssen mittels eines Betrauungsaktes mit der Erbringung einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut werden. Diese Betrauung muss bei Weiterreichung der Zuweisung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag erfolgen. Bei einer Inanspruchnahme der DAWI-De-minimis-Verordnung für eigene Maßnahmen der Zuweisungsempfängenden bedarf es einer gesonderten Abstimmung mit der Landesdirektion Sachsen, in welcher Form die Beauftragung der Zuweisungsempfängenden mit der DAWI erfolgen soll.

Wird ein Vorhaben sowohl über die Zuweisung als auch durch kommunale Eigenmittel finanziert, ist dies bei der beihilferechtlichen Prüfung zu beachten. Einzelheiten hierzu können dem Informationsblatt des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Beihilfe bei Zusammenarbeit der staatlichen und kommunalen Ebene bei gemeinsam finanzierten Vorhaben vom 1. Juli 2018 (Anlage 3: Beihilfe-Kurzinformation „Beachtung kommunaler Eigenmittel“) entnommen werden.

Bei Mitfinanzierung von Maßnahmen durch Dritte ist der Dritte über den Einsatz als Eigenmittel zu informieren.

VII. Nachweis der Verwendung

Über die zweckentsprechende Verwendung der Zuweisungen ist spätestens sechs Monate nach Ende des Haushaltsjahres, in dem die Verausgabung der Mittel stattgefunden hat, von den Zuweisungsempfängenden gemäß Ziffer III gegenüber der Landesdirektion Sachsen ein einfacher Verwendungsnachweis zu erbringen. Der Verwendungsnachweis ist kumulativ für beide Zuweisungsjahre unter Verwendung der Anlage 2 zu erstellen. Die Verwendungsnachweisprüfung seitens der Landesdirektion Sachsen bezieht sich auf die Plausibilitätsprüfung der in der Anlage 2 enthaltenen Angaben. Die Plausibilitätsprüfung umfasst:

- die Prüfung, dass es sich bei den Projektträgern um Kommunen und kommunale Unternehmen handelt,
- die Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit und Schlüssigkeit der Angaben,
- die haushalterische Richtigkeit,
- offensichtliche Unrichtigkeiten,
- die Nachvollziehbarkeit der Zuordnung der Investitionen und Maßnahmen zum jeweiligen Bereich und damit deren Übereinstimmung mit dem Verwendungszweck.

Es erfolgt keine fachliche Prüfung der Projekte und Maßnahmen. Je Investition oder Maßnahme ist mindestens ein geeigneter Indikator gemäß Anlage 2 zu erheben und zu berichten. Bei fehlender Plausibilität und unvollständigen

Angaben sind diese aufzuklären. Die Landesdirektion Sachsen ist berechtigt, entsprechende Nachweise anzufordern.

Bei festgestellter nicht zweckentsprechender Verwendung der Mittel ist durch die Landesdirektion Sachsen der nicht zweckentsprechend verwendete Anteil innerhalb eines Jahres ab Kenntnis, spätestens jedoch bis zum 30. September 2026 zurückzufordern.

Die Landesdirektion Sachsen erstellt einen Gesamtbericht zum vorangegangenen Haushaltsjahr. Dieser muss zusammenfassende Angaben zu den unterstützten Bereichen gemäß Ziffer II einschließlich der jeweils verwendeten Mittel, zu dem Zeitraum zwischen Zuweisung und Eingang der Berichte über die ausgewählten Investitionen und Maßnahmen, eine zusammengefasste Kurzeinschätzung der Auswahlverfahren sowie eine Einschätzung zur Effektivität und Eignung des Verfahrens beinhalten.

Die Verwendungsnachweise gemäß Anlage 2 und der Gesamtbericht sind durch die Landesdirektion Sachsen dem SMEKUL für 2023 bis zum 1. August 2024 und ab dem Haushaltsjahr 2024 bis zum 30. September des jeweiligen Folgejahres der Zuweisungen als Datei zu übermitteln.

VIII. Berichterstattung und Evaluierung

Die Zuweisungsempfängenden sind zu verpflichten, an einer Evaluierung zum 30. September 2024 mitzuwirken. Die Evaluierung besteht aus gegebenenfalls nachträglichen Befragungen sowie der Bewertung der Maßnahmen mittels der erhobenen Indikatoren.

IX. Transparenz

§ 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, und die Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 44a der Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), finden Anwendung.

X. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 21. März 2023

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Anlage 1
Kriterien zur Auswahl wirksamer Investitionen und Maßnahmen

	Kriterien zur Bewertungⁱ der zu erwartenden Wirkung der Investition oder Maßnahme	erwartete Wirkung der Investition / Maßnahme - Punkte			
		0 (Es ist keine Wirkung zu erwarten.)	1 (Es ist eine geringe Wirkung zu erwarten.)	2 (Es ist eine erkennbare Wirkung zu erwarten.)	3 (Es ist eine hohe Wirkung zu erwarten.)
1	Die Investition / Maßnahme führt zu einer Reduzierung der Nutzung fossiler Energieträger und einer verstärkten Nutzung regenerativer Energien.				
2	Die Investition / Maßnahme leistet einen Beitrag zur Mobilitätswende und unterstützt die Etablierung klimaschonender Formen der Mobilität.				
3	Die Investition / Maßnahme führt zur Energieeinsparung oder zur Erhöhung der Energieeffizienz.				
4	Die Investition / Maßnahme trägt zur Ressourceneffizienz (Energie unter Kriterium 3) sowie Beförderung von Synergieeffekten bei (zum Beispiel reduzierte Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, effizientere Nutzung von Wasser, Flächenrecycling, Nutzung von Abwärme).				
5	Die Investition / Maßnahme trägt zur präventiven Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Klimaveränderungen bei.				
6	Die Maßnahme leistet einen Beitrag zur Wissensvermittlung, zur Sensibilisierung oder zu Beteiligungsprozessen.				
7	Die Investition erzielt eine Hebelwirkung in den Bereichen Ausbau Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz durch Kombination mit weiteren Drittmitteln oder dem Einsatz als Eigenmittel für Förderungen.				
	Gesamtpunktzahl				

ⁱ Die Mindestkriterien können bspw. auch gewichtet, ergänzt oder auf bestimmte Verwendungsbereiche nach Ziffer II VwV budgetiert angewendet werden.

Anlage 3

STAATSMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFT
ARBEIT UND VERKEHR**Beihilfe-Kurzinformation: Zusammenarbeit der staatlichen und kommunalen Ebene bei gemeinsam finanzierten Vorhaben (1. Juli 2018)**

Die große Mehrzahl der von den Kommunen¹ finanzierten Maßnahmen erfüllt aus den unterschiedlichsten Gründen nicht den Tatbestand einer staatlichen Beihilfe. So ist etwa die öffentliche Finanzierung von Infrastrukturen, die nicht kommerziell genutzt werden sollen, grundsätzlich vom Anwendungsbereich der Beihilfevorschriften ausgenommen. Dies betrifft unter anderem öffentliche Straßen, Brücken oder Kanäle, die unentgeltlich für die Nutzung bereitgestellt werden. Dasselbe gilt für Infrastrukturen, die für Tätigkeiten genutzt werden, welche zum staatlichen Kernbereich zählen oder nicht von Binnenmarktrelevanz sind (z.B. im Regelfall Kultur, Bildung, Naturschutz, Polizei, Feuerwehr, örtliche Frei- oder Hallenbäder und vieles mehr.)

Es gibt jedoch keinen abschließenden Katalog beihilfefreier kommunaler Maßnahmen. Dieses Merkblatt dient vor diesem Hintergrund hilfsweise dazu, den bürokratischen Aufwand in den Kommunen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, sofern eine staatliche Bewilligungsstelle die Beihilferelevanz bei gemeinsam finanzierten Vorhaben ohnehin prüft.² Dies gilt sowohl für den Fall, dass die staatliche Bewilligungsstelle zu dem Ergebnis kommt, es liege eine beihilfefreie Maßnahme vor (vgl. Fallbeispiele 1 und 2 zu I) als auch schwerpunktmäßig für den Fall, dass die Bewilligungsstelle zu dem Ergebnis kommt, es liege eine Beihilfe vor.

Handelt es sich bei der gemeinsamen Finanzierung eines Vorhabens durch Kommune und Freistaat Sachsen sowohl bei den kommunalen Eigenmitteln als auch bei den vom Freistaat Sachsen bereitgestellten Fördermitteln (dazu zählen auch Strukturfondsmittel) um staatliche Beihilfen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und sind die eingesetzten öffentlichen Mittel gleichartig³, so gilt für die Beachtung aller beihilferechtlichen Verpflichtungen⁴ der kumulierte Beihilfebetrags⁵. Die Bewilligungsstelle des Freistaates Sachsen berücksichtigt in diesem Falle, sofern die Kommune dem nicht widerspricht, jeweils den Gesamtbetrag der eingesetzten öffentlichen Mittel und nicht nur den Anteil des Freistaates.

Dieses Merkblatt soll interessierten Kommunen nähere Erläuterungen geben, in welchen Fallkonstellationen diese Vereinfachung greift und in welchen nicht. Die Bewilligungsstellen Sächsische Aufbaubank, Landesdirektion Sachsen und Sächsisches Oberbergamt geben hierzu im Rahmen ihrer Zuständigkeit auch im Einzelfall nähere Informationen. Das Merkblatt erläutert darüber hinaus, wie das Ergebnis der staatlichen Bewilligungsstelle auch für andere beihilfefähige Kosten der betroffenen Maßnahme genutzt werden kann. Hierzu kann bei Rückfragen das Beihilferreferat im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) kontaktiert werden. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende des Merkblattes.

¹ Der Begriff „Kommune“ wird in diesem Merkblatt stellvertretend für alle kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Landkreise und andere Gemeindeverbände), aber auch für Zweckverbände und kommunale Unternehmen verwendet.

² Bei sogenannten Weiterleitungsfällen wird die beihilferechtliche Prüfung regelmäßig nicht von der Bewilligungsstelle vorgenommen. Weiterleitungsfälle betreffen Zuwendungen, die den Kommunen bewilligt werden, jedoch gemäß den förderrechtlichen Bestimmungen im Zuwendungsbescheid von den Kommunen in eigener Verantwortung an Letztempfänger (Dritte) weiterbewilligt werden dürfen.

³ Gleichartige Beihilfen liegen vor, wenn die Finanzierung jeweils für dieselben beihilfefähigen Kosten gewährt wird.

⁴ Zu den beihilferechtlichen Verpflichtungen gehören in diesem Zusammenhang insbesondere die Einhaltung von beihilferechtlichen Höchstgrenzen sowie die korrekte Erfüllung von Anzeige-, Berichts- und Veröffentlichungspflichten.

⁵ Der kumulierte Beihilfebetrags ist die Summe aller öffentlichen Mittel (Bund, Land, Kommune), die für eine Einzelmaßnahme bezogen auf dieselben beihilfefähigen Kosten gewährt werden.

I Orientierung am Ergebnis der Beihilfeprüfung der staatlichen Bewilligungsstelle

In aller Regel wird das Ergebnis der Beihilfeprüfung der staatlichen Bewilligungsstelle (Beihilfe ja oder nein) auch auf einen Finanzierungsanteil der Kommune für das Vorhaben zutreffen. Daher können die Kommunen sich zur Verringerung ihres Prüfaufwandes am Prüfergebnis der staatlichen Bewilligungsstelle wie folgt orientieren:

- Kommt die Bewilligungsstelle zu dem Ergebnis, ihre Förderung sei mangels Vorliegens einer wirtschaftlichen Tätigkeit oder wegen eines nur lokalen Bezugs der Maßnahme beihilfefrei, so kann die Kommune dieses Ergebnis ohne weitere Prüfung übernehmen.

Beispiel 1 (keine wirtschaftliche Tätigkeit):

Das kommunale Wohnungsunternehmen W beantragt einen Zuschuss in Höhe von 50 % der zuwendungsfähigen Kosten für die Modernisierung der Kita „Rappelkiste“. Die Kommune beabsichtigt, die Maßnahme ebenfalls mit 50 % der Kosten zu unterstützen.

Die staatliche Bewilligungsstelle ordnet die Maßnahme nach Prüfung anhand der Randziffern 28 ff. der Mitteilung zum Beihilfegriff (NoA)⁶ mangels Vorliegens einer wirtschaftlichen Tätigkeit und mit der Auflage einer getrennten Darstellung des Kita-Bereichs in der Buchführung des Unternehmens als beihilfefrei ein. Diese Einordnung als beihilfefrei kann ohne weitere Prüfung für den kommunalen Finanzierungsanteil übernommen werden.

Beispiel 2 (nur lokale Bedeutung):

Die private Rehaklinik K beantragt einen Landeszuschuss in Höhe von 60 % der Kosten und einen kommunalen Zuschuss in Höhe von 20 % der Kosten für die Anschaffung von drei neuen Geräten.

Die staatliche Bewilligungsstelle kommt zu dem Ergebnis, dass die Maßnahme nur von lokaler Bedeutung, also nicht potenziell handelsbeeinträchtigend ist, im Kern, da die Patienten zu 99 % aus der näheren Umgebung kommen und kein Niederlassungshemmnis festgestellt wird, vgl. SA. 38035 (2015 NN)⁷. Die Kommune kann das Prüfergebnis „beihilfefrei“ für den von ihr beabsichtigten Zuschuss übernehmen.

- Schließt die Bewilligungsstelle das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe demgegenüber durch Nutzung einer De-minimis-Verordnung⁸ oder durch Anwendung der Bürgerschaftsmittelteilung⁹, der Referenzsatz-Mitteilung¹⁰ beziehungsweise einer alternativen Methode zur Ermittlung der marktüblichen Verzinsung eines Darlehens aus, gilt die Vermutung der Beihilfefreiheit für den kommunalen Anteil nur, sofern die Kommune entsprechend verfährt.

⁶ Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. EU Nr. C 262 vom 19.07.2016, S.1.

⁷ http://ec.europa.eu/competition/state_aid/cases/257187/257187_1653216_84_2.pdf

⁸ Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, ABl. EU Nr. L 352 vom 24.12.2013, S. 1,

Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, ABl. EU Nr. L 114 vom 26.04.2012, S. 8.

⁹ Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften, ABl. EU Nr. C 71 vom 11.03.2000 S. 14.

¹⁰ Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze, ABl. EU Nr. C 14 vom 19.1.2008, S. 6

Beispiel 3 (De-minimis):

Das kommunale Pflegeheim P soll um einen neuen Flügel erweitert werden. Die Kosten betragen 480 TEUR. Das Land beabsichtigt, die Maßnahme mit 50 % der Kosten zu unterstützen.

Die staatliche Bewilligungsstelle bejaht die Beihilferelevanz und erteilt ihre Bewilligung auf der Grundlage der DAWI-De-minimis-Verordnung. Falls die Kommune nicht nach Ziffer II dieses Merkblattes vorgeht, kann sie die Beihilfefreiheit ebenfalls durch Anwendung der DAWI-De-minimis-Verordnung herbeiführen.¹¹

- Bejaht die Bewilligungsstelle das Vorliegen einer Beihilfe und stellt durch Anwendung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)¹² oder des Freistellungsbeschlusses für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI-Freistellungsbeschluss)¹³ die Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt her, besteht die Vermutung, dass gleichartige Finanzierungsanteile der Kommunen für das Vorhaben ebenfalls nach der AGVO oder dem DAWI-Freistellungsbeschluss von der Einzelanmeldepflicht befreit werden müssen. Wird diese Vermutung von der Kommune nicht nach Ziffer II des Merkblattes widerlegt, soll die staatliche Bewilligungsstelle die Erfüllung von Anzeige-, Transparenz- und Berichtspflichten für den kommunalen Finanzierungsanteil mit übernehmen.

Die über die Vermutungswirkung hinausgehende Vereinfachung für die Kommune dadurch, dass die staatliche Bewilligungsstelle in den zuletzt genannten Fällen die beihilferechtlichen Veranlassungen für die Kommune mit übernimmt, gilt nur bei gleichartigen Mittelzuflüssen zugunsten der zu prüfenden wirtschaftlichen Tätigkeit und Anwendung der AGVO.

Beispiel 4:

Der Freistaat Sachsen fördert die Modernisierung eines grenznah gelegenen und grenzüberschreitend bedeutsamen Erlebnisbades mit 80 % der förderfähigen Kosten (Investitionsförderung). Die Modernisierungskosten betragen 2 Mio. EUR.

Die staatliche Bewilligungsstelle kommt zu folgendem Ergebnis: Die Förderung der Modernisierung stellt eine Beihilfe dar, die nach Art. 55 AGVO mit dem Binnenmarkt vereinbar ausgestaltet werden kann.

¹¹ Falls die öffentliche Finanzierung kumuliert 500 TEUR überschreitet oder das Unternehmen die De-minimis-Beträge nicht mehr in der benötigten Höhe frei hat, müssen sich Freistaat und Kommune zum weiteren Vorgehen abstimmen.

¹² Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl. EU Nr. L 187 vom 26.06.2014, S. 1, geändert durch Verordnung (EU) 2017/1084 der Kommission vom 14. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in Bezug auf Beihilfen für Hafen- und Flughafeninfrastrukturen, in Bezug auf Anmeldeschwellen für Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes und für Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen sowie in Bezug auf regionale Betriebsbeihilferegeln für Gebiete in äußerster Randlage und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 in Bezug auf die Berechnung der beihilfefähigen Kosten, ABl. EU Nr. L 156 vom 20.06.2017, S. 1.

¹³ Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind, ABl. EU Nr. L 7 vom 11.01.2012, S. 3.

Unterfall 1:

Sofern die Kommune die restlichen Modernisierungskosten in Höhe von bis zu 20 % übernimmt, wird die beihilferechtliche Bewertung der staatlichen Bewilligungsstelle im Regelfall¹⁴ gleichermaßen auch für den Finanzierungsanteil der Kommune zutreffen.

Die staatliche Bewilligungsstelle trifft folgende formale Veranlassungen¹⁵:

- Art. 9 AGVO: Veröffentlichung des Vorhabens im sog. Transparency Award Module (TAM)¹⁶. → Wird auch der kommunale Finanzierungsanteil AGVO-konform gewährt, beträgt der von der staatlichen Bewilligungsstelle einzutragende Betrag gewährter Beihilfen nicht 1,6 Mio. EUR, sondern 2 Mio. EUR.
- Art. 11 AGVO: Erfüllung der Berichtspflicht. → Wird auch der kommunale Finanzierungsanteil AGVO-konform gewährt, erfolgt die Eintragung der staatlichen Bewilligungsstelle im sogenannten State Aid Reporting Interactive (SARI) - System für das Vorhaben gesamt statt nur für den staatlichen Anteil in Höhe von 1,6 Mio. EUR.

Die staatliche Bewilligungsstelle berücksichtigt aber auch bei der materiellen Prüfung des Vorhabens den kommunalen Anteil, sofern dieser ebenfalls eine Beihilfe darstellt. Dies bedeutet im Beispiel insbesondere, dass die staatliche Bewilligungsstelle nicht die Vereinfachungsmöglichkeit des Art. 55 Abs. 12 AGVO nutzen kann, derzufolge bei Beihilfen von nicht mehr als 2 Mio. EUR der Beihilfemaximalbetrag vereinfacht auf 80 % der beihilfefähigen Kosten festgesetzt werden kann. Sie muss vielmehr die Wirtschaftlichkeitslücke des Vorhabens berechnen mit der Folge, dass die Kommune das Ergebnis übernehmen kann, ohne eigene Berechnungen durchführen zu müssen.

Unterfall 2:

Die Kommune unterstützt die Modernisierung nicht durch einen direkten Mittelzufluss in Höhe der restlichen 20 % der Modernisierungskosten, sondern durch die Gewährung eines Darlehens oder die Stellung einer Kommunalbürgschaft.

In diesem Fall handelt es sich nicht um eine gleichartige Beihilfe, da die beihilfefähigen Kosten nicht die Modernisierungskosten, sondern die Darlehenskosten (Zinsen) beziehungsweise die Kosten für die Stellung der Bürgschaft (Provision) sind.

Die Kommune kann bei dieser Variante das Ergebnis der Bewilligungsstelle im Hinblick auf die Bewertung des Vorliegens einer wirtschaftlichen Tätigkeit und der Handelsbeeinträchtigung (keine „automatische“ Beihilfefreiheit nach dem 1. Aufzählungspunkt zu I) übernehmen. Insbesondere das Tatbestandsmerkmal der Begünstigung ist dagegen durch die Kommune eigenständig zu prüfen. Die Kommune kann ihr Engagement durch Anwendung der Bürgschaftsmittel beziehungsweise der Referenzsatz-Mitteilung oder einer alternativen Methode zur Ermittlung der marktüblichen Verzinsung eines Darlehens beziehungsweise durch Nutzung einer De-minimis-Verordnung beihilfefrei ausgestalten (vgl. 2. Aufzählungspunkt zu I). Wählt sie diese Variante nicht, stellt die Gewährung des Darlehens oder die Stellung der Kommunalbürgschaft eine Beihilfe dar, die nicht von der Vereinfachungswirkung dieses Merkblattes erfasst wird.

¹⁴ Ausnahmen sind zu II ebenfalls an diesem Beispiel dargestellt.

¹⁵ Es wird unterstellt, dass die Gewährung der Beihilfe auf der Grundlage einer bei der KOM nach Art. 11 AGVO angezeigten Richtlinie erfolgt. Die Richtliniengeber sind gehalten, bei der Veranlassung der entsprechenden Anzeigen kommunale Kofinanzierungsanteile mit einzuplanen (Schätzung).

¹⁶ <https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public/search/home/>

Unterfall 3:

Beabsichtigt die Kommune nicht (nur) die Modernisierung, sondern den Betrieb des Erlebnisbades finanziell zu unterstützen, handelt es sich ebenfalls um andere beihilfefähige Kosten (Betriebsbeihilfen).

Die Kommune kann auch bei dieser Variante das Ergebnis der Bewilligungsstelle im Hinblick auf die Bewertung des Vorliegens einer wirtschaftlichen Tätigkeit und der Handelsbeeinträchtigung (keine „automatische“ Beihilfefreiheit nach dem 1. Aufzählungspunkt zu I) übernehmen. Die Kommune kann sich daher auf die Prüfung beschränken, ob die Beihilfefreiheit durch Anwendung der De-minimis-Verordnung erreicht werden kann (vgl. 2. Aufzählungspunkt zu I) oder ob eine Betriebsbeihilfe nach Art. 55 AGVO darstellbar ist. Bei Anwendung der AGVO muss die Kommune die notwendigen Veranlassungen (Anzeige, Berichtspflichten) ohne Unterstützung durch die staatliche Bewilligungsstelle treffen. Bei Rückfragen kann das Beihilfereferat im SMWA kontaktiert werden. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende des Merkblattes.

II Voneinander abweichende Ergebnisse der Beihilfeprüfung

Die Kommune unterstützt in allen drei oben dargestellten Fallgruppen ein **einheitliches** Gesamtvorhaben, weswegen die Bewertung des Vorliegens der Beihilfekriterien „wirtschaftliche Tätigkeit“, „Selektivität“, „potenzielle Wettbewerbsverzerrung“ und „potenzielle Handelsbeeinträchtigung“ – vorbehaltlich des Ausschlusses der potenziellen Handelsbeeinträchtigung durch Anwendung der De-minimis-Verordnungen – jeweils zu einem einheitlichen Ergebnis führen sollte. Können sich die potenziellen Zuwendungsgeber über diese Bewertung indessen nicht einigen, kann entweder einheitlich die sichere Variante gewählt, also vorsorglich die Erfüllung der im vorstehenden Satz genannten Beihilfekriterien¹⁷ angenommen werden, oder der Vorgang sollte dem Beihilfereferat im SMWA für eine Einschätzung vorgelegt werden.

Demgegenüber ist es denkbar, dass das im vorstehenden Absatz nicht genannte Beihilfekriterium der Begünstigung einer wirtschaftlichen Tätigkeit für die Unterstützung durch den Freistaat im Einzelfall anders zu beurteilen ist als für die flankierende Unterstützung aus dem kommunalen Bereich. Unterschiede können sich zum einen durch die Konditionen der Unterstützung und zum anderen durch voneinander abweichende Gründe für das Engagement ergeben.

Unterschiedliche Konditionen

Angenommen, das Erlebnisbad aus dem **Beispiel 4 zu I** soll nicht durch die Gewährung eines verlorenen Zuschusses, sondern durch ein zinsvergünstigtes Darlehen des Freistaates unterstützt werden. Das Darlehen ist beihilferelevant, lediglich durch Anwendung der De-minimis-Verordnung kann die potenzielle Handelsbeeinträchtigung noch ausgeschlossen werden (vgl. 2. Aufzählungspunkt zu I).

Gewährt auch die Kommune ein Darlehen, jedoch zu marktüblichen Konditionen, unterfällt dieses Darlehen der Variante „Anwendung der Referenzsatz-Mitteilung beziehungsweise einer alternativen Methode zur Ermittlung der marktüblichen Verzinsung“. Es ist beihilfefrei.

¹⁷ Nicht genannt ist das Kriterium der Begünstigung, bei dem es **plausibel** zu Abweichungen kommen kann, die nachstehend dargestellt werden.

Abweichende Gründe für das Engagement

Angenommen, das Erlebnisbad aus dem **Beispiel 4 zu I** steht im Eigentum einer kommunalen Gesellschaft. Die Kommune als Gesellschafterin kann in diesem Falle prüfen, ob die Voraussetzungen der Randziffer 84 ff. der NoA¹⁸ erfüllt sind bzw. erfüllt werden können, die erläutern, unter welchen Voraussetzungen die Kommune als Gesellschafterin eines öffentlichen Unternehmens nicht anders handelt, als dies ein privater Kapitalgeber unter vergleichbaren Bedingungen tun würde.

Getrennte Buchführung

Des Weiteren kann die Kommune oder das kommunale Unternehmen durch eine getrennte Buchführung¹⁹ sicherstellen, dass die eingesetzten Mittel nicht aus dem allgemeinen Kommunalhaushalt oder einer Quersubventionierung stammen, sondern tatsächlich durch die vom Freistaat unterstützte Tätigkeit erwirtschaftet werden und somit "echte" beihilfefreie Eigenmittel darstellen.

III Ansprechpartner

Nachfragen zu diesem Merkblatt richten Sie bitte an folgende Mailadresse:

Monika.Weskamm@smwa.sachsen.de

¹⁸ Vgl. oben Fn. 8.

¹⁹ Bei doppischer Haushaltsführung ist dies regelmäßig durch produktorientierte Teilhaushaltsbildung nach § 4 Abs. 1 SächsKomHVO erfüllt.

Fünfte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Ausgleichszulagen

Vom 17. März 2023

I.

Änderung der Förderrichtlinie AZL/2015

Die Förderrichtlinie Ausgleichszulagen vom 22. Juni 2015 (SächsABl. SDr. S. S 308), die zuletzt durch die Richtlinie vom 19. März 2020 (SächsABl. S. 416) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 239), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird das Wort „und“ gestrichen.
 - b) Satz 3 wird gestrichen.
2. Ziffer II wird wie folgt neu gefasst:

„Begünstigte im Sinne dieser Förderrichtlinie sind natürliche oder juristische Personen oder Vereinigungen sowie Zusammenschlüsse natürlicher oder juristischer Personen unabhängig von der Rechtsform, die eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Sinne von § 3 GAP-Direktzahlungen-Verordnung ausüben, den Betrieb selbst bewirtschaften und ihren Betriebssitz in Sachsen haben.“
3. Ziffer III wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird folgender Unterabsatz 2 neu eingefügt:

„Für Flächen gemäß § 12 Absatz 4 der GAP-Direktzahlungen-Verordnung werden keine Zuwendungen nach dieser Förderrichtlinie gewährt. Dies gilt auch für Flächen, auf denen sich Anlagen zur Nutzung von solarer Strahlungsenergie befinden, es sei denn, die antragstellende Person weist nach, dass es sich um eine Agri-Photovoltaik-Anlage gemäß § 12 Absatz 5 der GAP-Direktzahlungen-Verordnung handelt.“
 - b) Die Nummern 2 und 4 werden gestrichen.
 - c) Nummer 3 alt wird zu Nummer 2 neu.
 - d) Nummer 2 neu, Unterabsatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Mit Inkrafttreten der Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete gemäß Artikel 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 in Sachsen ab 2018 gelten als benachteiligte Gebiete des Freistaates Sachsen andere Gebiete als Berggebiete, die aus erheblichen naturbedingten Gründen benachteiligt sind sowie andere, aus spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete gemäß Artikel 32 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013. Einzelheiten zu betroffenen Gemarkungen können der Auflistung der Gemarkungen im benachteiligten Gebiet Sachsens nach Artikel 32 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 unter <https://www.lsnq.de/AZL> entnommen werden.“
4. Ziffer IV wird wie folgt neu gefasst:

„1. Förderfähig sind Flächen in benachteiligten Gebieten in Sachsen mit einer Schlaggröße von mindestens 0,3000 Hektar.
2. Zum Zeitpunkt der Antragstellung muss der Begünstigte mindestens 3,0000 Hektar förderfähige Fläche in benachteiligten Gebieten bewirtschaften. Für die Berechnung der Mindestfläche werden Schläge in Sachsen berücksichtigt, sofern diese mit einer förderfähigen Hauptkultur bestellt und mindestens 0,3000 Hektar groß sind.
3. Grundsätzlich sind alle im Zusammenhang mit der Förderung bedeutsamen Unterlagen für die Dauer von sechs Jahren nach Zahlung der Ausgleichszulage aufzubewahren.
4. Die Begünstigten sind verpflichtet, die Informations- und Publizitätsmaßnahmen gemäß Artikel 13 Absatz 2 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 808/2014 zu erfüllen.
5. Nach Artikel 12 der Verordnung (EU) 2022/1172 sind, wenn die Begünstigten auch Flächenzahlungen aufgrund der Regelungen des GAP-Strategieplans beruhend auf der Verordnung (EU) 2021/2115 erhalten, gemäß Artikel 83 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2021/2116 auch für Zahlungen für benachteiligte Gebiete nach Artikel 31 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 die Vorschriften der Konditionalität einzuhalten. Die Begünstigten haben die Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) gemäß dem Unionsrecht sowie die im GAP-Strategieplan in Verbindung mit dem GAP-Konditionalitäten-Gesetz und der GAP-Konditionalitäten-Verordnung festgelegten Standards für die Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) nach Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 13 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 zu beachten.“
5. Ziffer V wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 Satz 3 wird gestrichen.
 - b) In Nummer 2 Buchstabe a wird das Wort „Stufen“ gestrichen und die Wörter „in den benachteiligten Gebieten bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte“ durch die Wörter „als förderfähig ermittelte“ ersetzt.
 - c) Nummer 3 wird gestrichen.
 - d) Nummer 4 alt wird zu Nummer 3 neu.
 - e) In Nummer 3 neu Satz 1 werden die Wörter „in der Höhe einheitlich für Ackerland und Grünland gewährt und“ gestrichen.
 - f) In Nummer 3 neu Satz 3 wird das Wort „gekürzte“ durch das Wort „reduzierte“ ersetzt.
 - g) In Nummer 3 neu Satz 4 wird das Wort „berechnet“ durch das Wort „angewendet“ ersetzt.
 - h) In Nummer 3 neu wird der Satz 5 gestrichen.
 - i) In Nummer 3 neu werden in der rechten oberen Tabellenspalte die Wörter „für Ackerland und Grünland“ gestrichen.
6. Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen vom 22. Juni 2015 (SächsABl. SDr. S. S 289), die zuletzt durch

die Richtlinie vom 4. Dezember 2019 (SächsABl. S. 1795) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 414) beziehungsweise durch die Angabe „Förderrichtlinie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen vom 4. Oktober 2022 (SächsABl. 2023, S. 369),“ und die Angabe „Förderrichtlinie Ökologischer/Biologischer Landbau vom 22. Juni 2015 (SächsABl. SDr. S. S 301), die zuletzt durch die Richtlinie vom 5. Februar 2020 (SächsABl. S. 179) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 414),“ durch die Angabe „Förderrichtlinie Ökologischer/Biologischer Landbau vom 4. Oktober 2022 (SächsABl. 2023, S. 334) beziehungsweise nach der Förderrichtlinie Insektenschutz und Artenvielfalt vom 10. Februar 2021 (SächsABl. S. 167), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 239)“ ersetzt.

b) Nummer 2 wird wie folgt neu gefasst:

„2. Transparenz

Bei Maßnahmen, die aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert werden, veröffentlicht der Freistaat Sachsen aufgrund von Artikel 98 der Verordnung (EU) 2021/2116 und der Artikel 58 sowie Artikel 59 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 die Informationen zu Namen und Gemeinde der Begünstigten, gegebenenfalls einschließlich der Informationen über Gruppen, denen die Begünstigten gemäß Artikel 59 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2116 angehören, den Maßnahmencode, maßnahmenbezogen das spezifische Ziel, das Anfangs- und das Enddatum, die Beträge für den ELER einschließlich der Kofinanzierung sowie die entsprechenden Gesamtbeträge einschließlich des EU-Gesamtbetrages.“

7. Ziffer VII wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1.1 wird vor das Wort „zuständige“ das Wort „örtlich“ eingefügt.
- b) Nummer 1.2 wird wie folgt neu gefasst:
„Die Antragstellung erfolgt über das webbasierte Antragsportal <https://www.diana.sachsen.de>.“
- c) Nummer 1.2 Sätze 2 bis 8 werden gestrichen.
- d) In Nummer 1.3, Unterabsatz 1, Satz 1 werden die Wörter „gemäß Nummer 1.2 vollständig ausgefüllt und unterschrieben“ und die Angabe „(Artikel 13 der Verordnung [EU] Nr. 809/2014)“ gestrichen.
- e) In Nummer 1.3, Unterabsatz 1 wird nach Satz 1 ein neuer Satz 2 eingefügt:
„Im Übrigen gelten die Fristen der GAP-InVekoS-Verordnung für Antragsänderungen.“
- f) In Nummer 1.3 werden die übrigen Unterabsätze 2 bis 4 gestrichen.
- g) In Nummer 3, Unterabsatz 1, Satz 1 werden die Wörter „ist durch die Bewilligungsbehörde zu prüfen“ durch die Wörter „wird geprüft“ ersetzt.
- h) Nummer 3, Unterabsatz 1, Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:
„Bestehen diese, wird in der Regel der fällige Rückforderungsbetrag beziehungsweise der Sanktionsbetrag mit dem anstehenden Auszahlungsbetrag automatisiert verrechnet.“
- i) In Nummer 4.1 Buchstabe c werden die Wörter „(Artikel 28 der Verordnung [EU] Nr. 809/2014)“ gestrichen.
- j) In Nummer 4.1 wird der Unterabsatz 3 gestrichen.

k) In Nummer 4.2.1, Unterabsatz 1, Satz 1 wird die Angabe „Artikel 15 bis 19,“ ersetzt durch die Angabe „Artikel 15 bis 18 und 19a Absatz 1, Artikel“.

l) In Nummer 4.2.1 werden die Unterabsätze 2 bis 6 gestrichen.

m) Nummer 4.2.2 wird wie folgt neu gefasst:

„Ein Verstoß gegen die Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) gemäß Unionsrecht und die auf nationaler Ebene aufgestellten Standards für die Erhaltung von Flächen in gutem andwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) nach Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 13 in Verbindung mit Anhang III der Verordnung (EU) 2021/2115 aufgrund einer unmittelbar der begünstigten Person anzu-lastenden Handlung oder Unterlassung führt nach Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2115 in Verbindung mit Artikel 83 ff. der Verordnung (EU) 2021/2116, Artikel 6 ff. der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1172, §§ 19 ff. des GAP-Konditionalitäten-Gesetzes und §§ 36 ff. der GAP-Konditionalitäten-Verordnung dazu, dass der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr zu gewährenden Förderung gekürzt oder keinerlei Zahlung geleistet wird.“

8. Die Anlage wird wie folgt neu gefasst:

„Rechtsgrundlagen

Es gelten insbesondere die nachfolgenden Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung:

1. die Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 487), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/1033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2022 (ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 34) geändert worden ist,
2. die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 807/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Einführung von Übergangsvorschriften (ABl. L 227 vom 31.7.2014, S. 1), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2019/94 vom 30. Oktober 2018 (ABl. L 19 vom 22.1.2019, S. 5) geändert worden ist,
3. die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 808/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungs-vorschriften zur Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (ABl. L 227 vom 31.7.2014, S. 18), die zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1227 (ABl. L 189 vom 15.7.2022, S. 12) geändert worden ist,
4. die Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549), die durch die Verordnung (EU) 2020/2220 des Europäischen Parlaments und des Rates vom

23. Dezember 2020 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S.1) geändert worden ist,
5. die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 640/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem und die Bedingungen für die Ablehnung oder Rücknahme von Zahlungen sowie für Verwaltungssanktionen im Rahmen von Direktzahlungen, Entwicklungsmaßnahmen für den ländlichen Raum und der Cross-Compliance (ABl. L 181 vom 20.6.2014, S. 48), die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2021/1418 der Kommission vom 23. Juni 2021 (ABl. L 305 vom 31.8.2021, S. 6) geändert worden ist,
 6. die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 907/2014 der Kommission vom 11. März 2014 zur Förderrichtlinie Ausgleichszulage Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die finanzielle Verwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 18), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2021/1336 der Kommission vom 2. Juni 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 6) geändert worden ist,
 7. die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59, L 114 vom 5.5.2015, S. 25), die zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2017/772 der Kommission vom 3. Mai 2017 (ABl. L 115 vom 4.5.2017, S. 43) geändert worden ist,
 8. die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 809/2014 der Kommission vom 17. Juli 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Cross-Compliance (ABl. L 227 vom 31.7.2014, S. 69), die durch die Durchführungsverordnung (EU) 2021/1337 der Kommission vom 18. Juni 2021 (ABl. L 289 vom 12.8.2021, S. 9) geändert worden ist,
 9. die Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 2988/95 des Rates vom 18. Dezember 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 312 vom 23.12.1995, S. 1–4),
 10. die Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/1408 der Kommission vom 16. Juni 2022 (ABl. L 216 vom 19.8.2022, S. 1) geändert worden ist,
 11. die Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013, die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/648 der Kommission vom 15. Februar 2022 (ABl. L 119 vom 21.4.2022, S. 1) geändert worden ist,
 12. die Delegierte Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates um zusätzliche Anforderungen für bestimmte, von den Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen für den Zeitraum 2023 bis 2027 gemäß der genannten Verordnung festgelegte Interventionskategorien sowie um Vorschriften über den Anteil für den Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standard) Nr. 1 (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 52),
 13. die delegierte Verordnung (EU) 2022/127 der Kommission vom 7. Dezember 2021 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Zahlstellen und anderen Einrichtungen, die Finanzverwaltung, den Rechnungsabschluss, Sicherheiten und die Verwendung des Euro (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 95),
 14. die Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz (ABl. L 20 vom 31.1.2022, S. 131),
 15. die Delegierte Verordnung (EU) 2022/1172 der Kommission vom 4. Mai 2022 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Verhängung und Berechnung von Verwaltungssanktionen im Bereich der Konditionalität (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 12),
 16. die Durchführungsverordnung (EU) 2022/1173 der Kommission vom 31. Mai 2022 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 183 vom 8.7.2022, S. 23),
 17. die InVeKoS-Verordnung vom 24. Februar 2015 (BGBl. I S. 166), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. Mai 2021 (BAnz AT 28.05.2021 V2) geändert worden ist,
 18. die Direktzahlungen-Durchführungsverordnung vom 3. November 2014 (BGBl. I S. 1690), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. November 2022 (BGBl. I S. 1974) geändert worden ist,
 19. das Agrarzahlungen-Verpflichtungsgesetz vom 2. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1928), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 28 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist,
 20. die Agrarzahlungen-Verpflichtungsverordnung vom 17. Dezember 2014 (BAnz AT 23.12.2014 V1), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. September 2021 (BGBl. I S. 4302) geändert worden ist,
 21. das GAP-Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem-Gesetz vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3523; 2022 I S. 2262),
 22. das GAP-Direktzahlungen-Gesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3003; 2022 I S. 2262),

23. die GAP-Direktzahlungen-Verordnung vom 24. Januar 2022 (BGBl. I S. 139; 2022 I S. 2287), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. November 2022 (BAnz AT 01.12.2022 V1) geändert worden ist,
24. das GAP-Konditionalitäten-Gesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2996; 2022 I S. 2262),
25. die GAP-Konditionalitäten-Verordnung vom 7. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2244), die durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2273) geändert worden ist,
26. die GAP-InVeKoS-Verordnung vom 19. Dezember 2022 (BAnz AT 19.12.2022 V1),
27. das GAK-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2231) geändert worden ist,
28. der Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Rahmenplan),
29. das Gesetz zur Regelung des Verfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist,
30. das Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist,
31. das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2014 – 2020, (2014DE06RDRP019),
32. die Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland 2014 – 2020 (2014DE06RDNF001),
33. Veröffentlichung der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne des Artikels 32 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 im Freistaat Sachsen unter <https://www.lsnq.de/AZL>.

II.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 17. März 2023

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
zur Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels**

Vom 23. März 2023

Das nachstehende näher bezeichnete kleine Dienstsiegel des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie mit dem Wappen des Freistaates Sachsen wird mit Wirkung vom 9. März 2023 für ungültig erklärt.

Es wird gebeten, Hinweise für eine unbefugte Benutzung unmittelbar dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie zu übermitteln.



Dresden, den 23. März 2023

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Kerstin Sachers
Referatsleiterin

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur öffentlichen Auslegung des Verordnungsentwurfes zur Festsetzung
des Hochwasserentstehungsgebietes
„Oberlausitzer Bergland/Hohwald“
Gz.: DD42-8612/1859/3
Vom 16. März 2023

I.

Die Landesdirektion Sachsen als obere Wasserbehörde beabsichtigt eine Verordnung gemäß § 76 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (Sächs-GVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, zur Festsetzung des Hochwasserentstehungsgebietes „Oberlausitzer Bergland/Hohwald“ zu erlassen.

II.

Das durch Rechtsverordnung festzusetzende Hochwasserentstehungsgebiet führt die Bezeichnung „Oberlausitzer Bergland/Hohwald“. Es erstreckt sich auf Teile der Gemeinden Neukirch/Lausitz, Schmölln-Putzkau, Sohland a. d. Spree, Steinigtwolmsdorf und auf Teile der Städte Schirgiswalde-Kirschau, Wilthen (alle Landkreis Bautzen) sowie der Stadt Neustadt in Sachsen (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge).

Das Hochwasserentstehungsgebiet besteht aus einer zusammenhängenden Fläche und hat eine Größe von 4 519 Hektar.

Der Geltungsbereich der Rechtsverordnung umfasst im westlichen Bereich Teile der Gemeinden Schmölln-Putzkau (Gemarkung Oberputzkau), Gemeinde Neukirch/Lausitz (Gemarkung Niederneukirch) und der Stadt Neustadt in Sachsen (Gemarkung Berthelsdorf). Die Grenze verläuft im Westen beginnend auf dem Gebiet der Gemarkung Oberputzkau südlich der Bahnlinie zwischen den Orten Neustadt in Sachsen und Neukirch (Lausitz) West entlang der Landkreisgrenze Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge nach Süden folgend um dann südlich des Rückenberges weiter Richtung Osten im Bereich der Rehweise die Landkreisgrenze Richtung Süden zu queren. Das Waldgebiet des Hohwaldes, die Quellgebiete des Lohbachs und Goldflüsschens der Gemarkung Berthelsdorf sind eingeschlossen. Die Grenze verläuft weiter entlang der Hohwaldstraße bis zur Staatsgrenze der Tschechischen Republik und dieser folgend Richtung Osten bis kurz vor dem südlichsten Punkt des Landkreises Bautzen. Das Verordnungsgebiet umschließt die südliche Ortslage (OL) Sohland a. d. Spree und wird nordöstlich von der Staatsstraße S 116 begrenzt. Die Grenze verläuft, das Skizentrum Tännicht einschließend, nach Norden über die Gemarkungsgrenze Ober- und Mittelsohland Richtung Wehrsdorf weiter nach Norden folgend bis an die OL Wehrsdorf. Die Grenze umschließt Wehrsdorf und verläuft weiter nach Osten entlang des Kaltbaches dann Richtung Norden, den Bergrücken Hohberg in Gemarkung Schirgiswalde umschließend, südlich der OL Neuschirgis-

walde Richtung Osten bis zur OL Schirgiswalde und diese umschließend nach Süden bis kurz vor die Gemarkungsgrenzen Frühlingsberg. Im Osten erstreckt sich das Gebiet über die Wälder der Gemarkung Schirgiswalde Melzerberg und Kapitelbusch sowie in der Gemarkung Frühlingsberg über den Kapellenberg, Kälbersteine weiter nach Osten bis in die Gemarkung Crostau den Pickaer Berg, den Potsberg sowie die Quellgebiete des Obercrostauer Baches einschließend, nördlich begrenzt durch die Straße K 7246, dieser nach Westen folgend, dann die OL Neucallenberg und OL Schirgiswalde einschließend, weiter der K7246 folgend und OL Neuschirgiswalde umschließend. Von dort verläuft die Grenze nach Norden Richtung Stadt Wilthen, die Wälder, teilweise Freiflächen und „Alte Ziegelei“ südlich von Stadt Wilthen einschließend, entlang des Waldrandes nach Westen, dann nördlich zur Bahnanlage im Fischhauswald dieser weiter nach Westen folgend, südlich an der OL Tautewalde entlang, weiter südwestlich die Hänge und Wälder südlich der Gemeinde Neukirch/Lausitz (Gemarkung Oberneukirch) einschließend. Dabei sind die OL Weifa, OL Ringenhain und OL Steinigtwolmsdorf vom Verordnungsgebiet eingeschlossen. Nördlich des Vogelbergs (Gemarkung Ringenhain) verläuft die Grenze nach Westen entlang des Waldweges über den Sattel südlich des Linzbergs, weiter entlang der Georgenbadstraße bis zur Gemarkungsgrenze Niederneukirch. Dann weiter nördlich des Roten Floßes dem Gewässerlauf folgend bis an die Bahnanlage Richtung Neukirch (Lausitz) West, um am Ausgangspunkt wieder zu enden.

Nicht im Verordnungsgebiet enthalten sind in der Gemarkung Berthelsdorf die Waldgebiete südlich der Wesenitzquelle, Quellbereiche des Schwarzbachs und Zahlwassers südlich der Staatsstraße S154 (Hohwaldstraße) bis zur Staatsgrenze der Tschechischen Republik. In der Gemarkung Steinigtwolmsdorf sind das obere Quellgebiet des Kaltbaches, die westlichen Ausläufer des Mannsbergs über die Hilgersdorfer Straße (Grenzstraße) bis zum Hohwaldweg im Norden, der Höllenhübel, die Bereiche nördlich des Höllenhübels und der Bundesstraße B 98, welche westlich durch die OL Steinigtwolmsdorf und östlich durch die Wälder des Steinbergs begrenzt werden, nicht im Verordnungsgebiet enthalten. In der Gemarkung Wehrsdorf ist der Bereich des offenen Höhenrückens nördlich der OL Wehrsdorf einschließlich des Funkenbergs ausgenommen. Weiterhin nicht im Verordnungsgebiet enthalten sind in der Gemarkung Weifa die Flächen nordöstlich, östlich und südlich der OL Weifa sowie die Waldgebiete der Quelle Waldwasser. In der Gemarkung Schirgiswalde ist der Sattel zwischen Hohberg und Weifaer Höhe südwestlich der OL Neuschirgiswalde nicht im Verordnungsgebiet enthalten. In der Gemarkung Ober- und Mittelsohland ist das Gebiet westlich der Prinz-Friedrich-August-Höhe ausgenommen.

Der konkrete Grenzverlauf ergibt sich aus den Detailkarten der Anlagen.

III.

Der Verordnungsentwurf mit den dazugehörigen Karten und dem Flurstückverzeichnis liegt in der Zeit

vom 17. April 2023 bis einschließlich 16. Mai 2023

für jede Person zur kostenlosen Einsichtnahme in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden, Referat 42, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, zu den Dienstzeiten aus. Dienstzeiten sind

Montag bis Donnerstag: 9:00 Uhr bis 16:30 Uhr
Freitag: 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr.

Für die Einsichtnahme in den Verordnungsentwurf empfiehlt sich vorher eine telefonische Terminvereinbarung unter folgender Telefonnummer: 0351 825-4226 oder -4254.

Besuchern wird empfohlen, einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen, wenn der Mindestabstand von 1,5 m nicht eingehalten wird.

Diese Bekanntmachung und der auszulegende Verordnungsentwurf sind während des oben genannten Zeitraums gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen

<http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung>

unter der Rubrik Umweltschutz – Wasserwirtschaft einsehbar.

IV.

Einwendungen gegen die Festsetzung des Schutzgebietes im Verordnungsentwurf sowie Anregungen zum Entwurf können **innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich 30. Mai 2023, bei der Landesdirektion Sachsen schriftlich (09105 Chemnitz) oder zur Niederschrift (Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden)** vorgebracht werden. Es gilt das Eingangsdatum.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .doc, .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lids.sachsen.de zu erfolgen.

Einwendungen müssen in leserlicher Schrift den Vor- und Familiennamen sowie die vollständige Anschrift des Einwenders enthalten. Die Landesdirektion Sachsen prüft die fristgemäß vorgebrachten Bedenken und Anregungen.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Dresden, den 16. März 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Papier,
Karton oder Pappe
der Firma Model Sachsen Papier GmbH
am Standort 04838 Eilenburg**

Gz.: 44-8431/2264

Vom 21. März 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Model Sachsen Papier GmbH in 04838 Eilenburg, Am Schanzberg 1, mit Datum vom 28. Februar 2023 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe am Standort 04838 Eilenburg, Am Schanzberg 1, Gemarkung Kospa-Pressen, Flur 2, Flurstück 92/15, mit folgendem verfügenden Teil, erteilt.

I. Entscheidung:

1.1 Ihrer Firma Model Sachsen Papier GmbH, am Schanzberg 1 in 04838 Eilenburg, vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Jürgen Lemke und Herrn Dirk Schwarze, wird unbeschadet der Rechte Dritter, auf Ihren Antrag nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit § 1 und Nummer 6.1.2 des Anhanges 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die wesentliche Änderung folgender Anlage erteilt:

Anlage zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe
am Standort
04838 Eilenburg
Am Schanzberg 1
Gemarkung Kospa-Pressen, Flur 2, Flurstück 92/15

1.2 Die Genehmigung berechtigt zu Folgendem:

Umbau der Anlage zur Herstellung von Zeitungsdruckpapier in eine Anlage zur Herstellung von Wellpappenroh papier und Betrieb der Anlage mit einer Produktionskapazität von 2 300 t/d (Flächengewicht 70 bis 120 g/m²).

Herstellung von Schrenzpapier bis zum abschließenden Umbau der Anlage zur Herstellung von Papier in einem Umfang von 1 000 t/d (Flächengewicht 70 bis 100 g/m²) Die Änderungen (Errichtung beziehungsweise Änderung und Betrieb) umfassen insbesondere:

- Umbau der Papiermaschine: Neuerrichtung Stoffauflauf, Pressenpartie, Trockenhaube einschließlich Luft-Dampf-Wärmetauscher (Brühdampfwärmetauscher) und Einbau einer OptiDry Twin Trocknungseinheit in der Vortrockenpartie; Einbau einer Filmpresse, und einer separaten Trockenhaube in der Nachtrockenpartie, eines Rollenschneiders sowie von vier Stärkesilos
- Neuerrichtung einer Altpapieraufbereitung und Rejektaufbereitung (Stoffaufbereitung OCC) einschließlich Rejektbunker
- Änderung der Altpapiersortieranlage insbesondere Errichtung und Betrieb eines Zerkleinerers und eines Wirbulators

- Erweiterung der Altpapierlagerung (Ballenlager) durch Errichtung einer neuen Freilagerfläche für 15 000 Tonnen Altpapier, Erhöhung der Lagerkapazität an Altpapier auf 47 200 Tonnen
 - Änderung der Betriebsweise der Abfallverbrennung (Reststoffkessel) für den Einsatz von Biogas
 - Neuerrichtung eines Rejektbunker zur Lagerung von 2 000 Tonnen Rejekte einschließlich der sich hieraus ergebenden Erhöhung der Lagerkapazität für nicht gefährliche Abfälle auf 25 650 Tonnen
 - Errichtung eines Rollenhochlagers einschließlich LKW-Verladehalle
 - Errichtung und Betrieb des Dampfkessels 3 mit einer Feuerungswärmeleistung von 47,5 MW; verwendete Brennstoffe: Erdgas und Biogas
 - Neuerungen innerhalb der Abwasserbehandlungsanlage: Errichtung eines Vorversäuerungstanks, Errichtung von vier Anaerobreaktoren; für anfallendes Biogas: Errichtung Gasspeicher, Biogasaufbereitung, Notfackel einschließlich Errichtung und Betrieb einer Biogasaufbereitung
 - dauerhafte Umwandlung einer Waldfläche von 5 000 m² nach Maßgabe des beigefügten Lageplanes auf dem Flurstück 92/15 der Gemarkung Kospa-Pressen Flur 2
- einschließlich der Errichtung weiterer antragsgemäß bezeichneter notwendiger Anlagenteile, Ausrüstungen, Zuwegungen und erforderlicher Abrissarbeiten.

1.3 Die wesentliche Änderung der Emissionsgenehmigung nach § 4 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes für die Anlage (Tätigkeit nach Nummer 21 Anhang 1 Teil 2 der Vorschrift) zur Neuerrichtung nachgenannter Emissionsquellen ist Bestandteil der Entscheidung.

Emissionsquelle/Be- triebseinheit	Feuerungswär- meleistung	Emissions- quelle
BE A42.5 – Dampfkessel 3 (neu genehmigt)	47,5 MW	E10/1
BE 30 – OptiDry (neu genehmigt)	19,8 MW	E4.1/51

1.4 Die Genehmigung schließt nach Maßgabe der Antragsunterlagen auf Grundlage von § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes andere die Anlage betreffende Entscheidungen ein. Hierzu gehören insbesondere:

- Die Baugenehmigung nach § 72 der Sächsischen Bauordnung für
- Errichtung Rollenhochlager mit LKW-Verladehalle und Transportbrücke
 - Errichtung einer Altpapierlagerfreifläche, Regenwasservorreinigungs- und Rückhaltebecken

- Altpapieraufbereitung mit Rejektaufbereitung und Rejektbunker
- Umbau Papiermaschinenhalle mit Neuerrichtung von vier Stärkesilos und eines Schornsteins
- Errichtung Kesselhaus (Dampfkessel 3) einschließlich Schornstein
- Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage (Reaktoren mit Pumpenhaus, Vorversäuerungstank, Biogaswäsche einschließlich Speicher, Gebläseraum)
- Regenwasserrückhaltebecken
- Löschzentrale

Die wasserrechtliche Genehmigung nach § 55 des Sächsischen Wassergesetzes für

- die wesentliche Änderung der Abwasserbehandlungsanlage
- die Errichtung von Anlagen zur Regenwasserrückhaltung wie folgt:
Rückhaltebecken Rollenhochlager
Stauraumkanal Dampfkesselhaus DK3 DN 500
Regenklär- und -rückhaltebecken Altpapierfreifläche
Stauraumkanal Verladeflächen RHL Süd DN 1000
Stauraumkanal RHL Nord DN 600
Stauraumkanal LKW Neu DN 900

Die Feststellung der Eignung nach § 63 des Wasserhaushaltsgesetzes ergeht vorbehaltlich einer Bescheid konformen Prüfung der Anlagen vor Inbetriebnahme nach § 46 Absatz 2 in Verbindung mit Anlage 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen für:

- wesentliche Änderung Farbstation 1
- Lageranlage Schlamm-Lagerplatz mit Transportstrecke
- Lageranlage Farbe Braun – Levazell Brown und Einzel-IBC in BE 30 für Servo-phil S-Care LA

Die Genehmigung nach § 8 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen zur Waldumwandlung einer auf dem Flurstück 92/15 der Gemarkung Kospa-Pressen Flur 2 bestehenden Waldfläche von 5 000 m².

Die Erlaubnis nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Betriebssicherheitsverordnung

- für die Änderung der Bauart und Betriebsweise einer erlaubnisbedürftigen Dampfkesselanlage mit einem Dampferzeuger der Kategorie IV Hersteller Nummer 364 (Abfallverbrennung – Reststoffkessel)
- für die Errichtung und den Betrieb einer erlaubnisbedürftigen Dampfkesselanlage mit einem gasgefeuerten Großwasserraum-Dampferzeuger mit der Hersteller Nummer 22622 (Dampfkessel 3)

1.5 Die Genehmigung wird nach Maßgabe Ihres Antrages und der Antragsunterlagen vom 14. Februar 2022, zuletzt ergänzt mit Antrag § 18 der Betriebssicherheitsverordnung vom 16. Dezember 2022, sowie des am 1. Februar 2023 aktualisierten Antragssatzes Version 4 (elektronischer Antragssatz Version 4 erstellt mit ELiA-2-8-b2 am 1. Februar 2023) sowie mit Nebenbestimmungen laut Abschnitt III erteilt. Für die Bauvorhaben sind die gestempelten Unterlagen des Bauordnungsamtes der Stadt Eilenburg sowie die geprüften Unterlagen der Prüfsachverständigen für Standsicherheit und Brandschutz maßgebend. Diese Unterlagen sind Bestandteil der Entscheidung.

1.6 Die Frist gemäß § 18 Absatz 1 Nummer 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wird auf drei Jahre festgesetzt. Die Genehmigung für die wesentliche Änderung der Anlage zur Herstellung von Papier erlischt, wenn der

Betrieb der geänderten Anlage nicht innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung aufgenommen wurde.

1.7 Für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens sind gemäß § 1 Absatz 1 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes Kosten zu erheben. Die Kosten des Verfahrens hat die Model Sachsen Papier GmbH als Antragstellerin zu tragen. Die Höhe der zu entrichtenden Kosten wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

Hinweise:

Die Genehmigung wird unbeschadet der Rechte Dritter und der behördlichen Entscheidungen erteilt, die nach § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden. Der rechtmäßige Gebrauch der Genehmigung setzt das Vorliegen gegebenenfalls weiterer erforderlicher Zulassungen voraus.

Die Antragsunterlagen beschreiben den Stand der Anlage auf den hiermit genehmigten aktuellen Bestand. Insofern haben sich die bis dato ergangenen Entscheidungen zum Betrieb der Anlage nach § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erledigt.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, eingelegt werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes ersetzt werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.ids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 11. April 2023 bis einschließlich 25. April 2023

bei folgenden Stellen zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

1. Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
2. Stadtverwaltung Eilenburg, Bürgerbüro, Marktplatz 1 in 04838 Eilenburg
Montag, Mittwoch und Freitag von 9 Uhr bis 13 Uhr,
Dienstag und Donnerstag von 9 Uhr bis 18 Uhr,
Samstag von 9 Uhr bis 12 Uhr
Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:
https://www.ids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1 einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/> bekanntmachung unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Leipzig, den 21. März 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Staatsbetriebes Sachsenforst (obere Forstbehörde) nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen eines Vorhabens zur Rodung von Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart

Vom 23. März 2023

Die Stadt Chemnitz beabsichtigt die dauerhafte Umwandlung von 2,005 ha Wald auf Teilen des Flurstücks 445/24 der Gemarkung Altendorf zur Herstellung öffentlicher Grünflächen gemäß B-Plan 16/12 Bahnhofsareal Altendorf Teil B: Grünzug Pleißenbach, für welchen eine Umwandlungserklärung vom 19. Oktober 2021 vorliegt.

Die obere Forstbehörde hat gemäß § 8 Absatz 1 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 2 des Waldgesetzes des Freistaates Sachsen zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Waldumwandlung vorliegen.

Gemäß § 11 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit Nummer 17.2.3 der Anlage 1- Liste „UVP-pflichtige Vorhaben“ des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist für das geplante Vorhaben eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen. Hierbei handelt es sich um eine überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Schutzkriterien.

Die standortbezogene Vorprüfung wurde auf der Grundlage der Antragsunterlagen vom 15. Februar 2023, Az. 51-2511/11/34, in Verbindung mit dem im B-Plan-Verfahren eingereichten Teil 2 Umweltbericht (Az. 51-2511/11/34 vom 3. August 2021) durchgeführt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Von dem Vorhaben sind unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die wesentlichen Gründe dafür sind:

Die umzuwandelnde Fläche befindet sich vollständig innerhalb der Grenzen des Bebauungsplanes Nummer 16/12, „Bahnhofsareal Altendorf“ Teil B: Grünzug Pleißenbach, umschlossen von städtischer Bebauung. Es handelt sich um ein ehemaliges Bahnhofsareal, welches bis nach 1990 als Verschiebebahnhof genutzt wurde. Der ehemalige Bach verläuft mit steilen Böschungen als reiner Vorflutgraben durch das Gebiet. Die umgebenden Flächen sind aufgeschüttet und bestehen überwiegend aus Schottern, Pflaster und Beton- und Asphaltverwitterung. Ehemalige Gebäude und Bahntrassen wurden zurückgebaut. Die Profilierung des Geländes lässt die ehemalige Nutzung erkennen. Die betrachtete 2,005 ha große Waldfläche setzt sich aus drei durch Offenbereiche voneinander getrennte Waldinseln zusammen. Sie ist vollständig aus Sukzession hervorgegangen.

Über die gesamte betroffene Waldfläche weist der Bestand eine starke Differenzierung im Hinblick auf Alter, Baumarten und Bodenbewuchs auf. Er setzt sich aus natürlichem Anflug von Pionierbaumarten wie Birken, Ahorn, Sal-Weiden und Zitter-Pappel zusammen, überwiegend maximal 20 Jahre alt und daher wenig geeignet als Nist- oder Höhlenbäume. Das Entwicklungspotenzial des Gehölzbestands ist durch die bestehende teilweise Aufschotterung beziehungsweise Verdichtung des Standorts stark geschmälert. Für die Beurteilung besonders bedeutsam sind Teilflächen mit Alt- und Höhlenbäumen, die sich unmittelbar an den Ufern des Pleißenbaches und im Dammbereich an der Erzbergerstraße befinden, mit älteren Gehölzbeständen und zum Teil markanten Großbäumen, die wertvollen Lebensraum für die Tierwelt darstellen. Hier finden sich punktuell Bäume mit einzelnen Höhlen und Rindenspalten, die sich als Quartier beziehungsweise Rückzugsraum für Tierarten mit entsprechenden Bedürfnissen eignen.

In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde wurde die spezielle Artenschutzprüfung für das Betrachtungsgebiet in zwei Stufen durchgeführt. Auf Grundlage des Rahmenplanes „Bahnhofsareal Altendorf“ erfolgte 2015 die erste artenschutzrechtliche Betrachtung. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse auf Bebauungsplanebene 2019 konkretisiert. Insbesondere für Vögel und Fledermäuse erfolgte eine Prüfung, inwieweit die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes berührt werden.

Die Abschichtung aller in Sachsen vorkommenden streng geschützten Arten lässt auf die potentielle Betroffenheit der Artengruppen Vögel, Fledermäuse, Reptilien und des Nachtkerzenschwärmers schließen. Aktuelle Vorkommen dieser Artengruppen im Betrachtungsraum des Rahmenplanes wurden im Frühjahr/Sommer 2015 sowie ergänzend in 2019 mit folgendem Ergebnis untersucht und kartiert: 22 aktuelle Brutvogelarten, weitere elf Arten als sporadische oder potentielle Brutvögel sowie sieben Arten Fledermäuse.

Im hier relevanten Geltungsbereich des Teils B des Bebauungsplanes sind die Amsel, die Blaumeise, der Buchfink, der Buntspecht, die Elster, der Fitis, die Kohlmeise, die Mönchsgrasmücke, die Rabenkrähe, die Ringeltaube, das Rotkehlchen, der Star und der Zilpzalp die häufigen Brutvogelarten.

Eine an sich als häufig geltende Art, jedoch aktuell mit unzureichendem Erhaltungszustand ist die Gartengrasmücke, die mit einem Brutrevier von circa 1,7 ha und Brutstatus B4 (wahrscheinliches Brüten) nachgewiesen wurde.

Darüber hinaus weist das Gutachten den Gartenrotschwanz mit einem Brutrevier von circa 0,5 ha im Teil B mit einem Brutstatus C12 (sicheres Brüten) nach.

Die Wasseramsel wurde außerdem oberhalb der westlichen Geltungsbereichsgrenze mit einem Brutrevier von 3 ha/km Bachlauf und einem Brutstatus C13 (sicheres Brüten) benannt. Eine Besiedelung des Teils B lässt sich vor diesem Grund nicht sicher ausschließen.

Die störungsempfindlichen Vogelarten wie Schwarzstorch und Eisvogel kommen im Betrachtungsgebiet nur gelegentlich als Nahrungsgäste vor.

Möglicherweise reproduziert im Pleißenbach der Edelkrebs. Dies ist jedoch nicht sicher bestätigt. Streng geschützte Reptilien und der Nachtkerzenschwärmer kommen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht vor und Fledermäuse nutzen diesen wahrscheinlich nur als Jagdrevier.

Zusammenfassend ist einzuschätzen, dass die Störungsempfindlichkeit für Vögel als mäßig und für weitere Tierarten als nur gering bewertet wird.

Im Auftrag der Vorhabenträgerin wurden geeignete Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen entwickelt: Vorgesehen sind dabei unter anderem, den Baumbestand möglichst außerhalb des Verbotszeitraumes (1. März bis 30. September) zu fällen beziehungsweise bei Fällung während Brutzeit durch einen geeigneten Gutachter besetzte Nistplätze kartieren lassen und die Fällung dieser Bäume bis zum Verlassen der Nester durch die Jungvögel aussetzen und ökologisch wertvolle Bäume zu erhalten, durch einen Fachgutachter vor der Fällung im laubfreien Zustand Höhlen, Spalten, Risse und abgelöste Borkenteile kartieren lassen, für die kartierten relevanten Bäume mit Höhlen und Ähnlichem begleitend zur Fällung Überwachung durch Fachgutachter vornehmen und einen Bericht zur ökologischen Fällbegleitung und Umsetzung der Ersatzquartiere für die untere Naturschutzbehörde erstellen lassen (ökologische Baubegleitung). Die Vermeidungsmaßnahmen werden als Auflagen in den Genehmigungsbescheid übernommen.

Die vom Vorhaben betroffenen Waldfläche erfüllt eine besondere regionale Klimaschutzfunktion, welche bei der Rodung verloren geht. Die betroffene Waldfläche soll jedoch parkähnlich entwickelt werden, so dass sich zukünftig wie-

der ein von Baumbestockung ausgehender positiver klimatischer Effekt zumindest auf das unmittelbare Bebauungsgebiet einstellen wird.

Die Auswirkungen des Waldflächenverlustes werden ausgeglichen durch zwei, gegenüber der Rodungsfläche um 20 Prozent größere, Ersatzaufforstungsflächen in den Gemarkungen Euba und Klaffenbach, welche aus einem hinreichenden Anteil standortheimischer Forstpflanzen begründet werden müssen. Sie sind sachgemäß nachzubessern, zu schützen und zu pflegen, bis diese endgültig gesichert sind.

Damit hat die Prüfung ergeben, dass für die geplante Waldumwandlung durch den Standort, die Ausführungsweise und die flächenübergreifenden Vorkehrungen der Vorhabenträgerin erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgeschlossen werden können, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele der in der Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Schutzkriterien betreffen und nach § 25 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen sind. Eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung besteht daher nicht.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bekannt gegeben. Sie ist gemäß § 5 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die ihr zugrunde liegenden Unterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung (Telefonnummer: 03501 468332) während der Dienstzeiten bei der Oberen Forstbehörde, Pirna-Liebethal eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat Sachsen vom 25. Juni 2019 (SächsGVBl. S. 525), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762) geändert worden ist

Pirna, den 23. März 2023

Staatsbetrieb Sachsenforst
Obere Forstbehörde
Jana Jung
Referentin

**Bekanntmachung
des Sächsischen Oberbergamtes
über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht
zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld
Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen
Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Grundwasserentnahme“
nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
Vom 23. März 2023**

Die Saxore Bergbau GmbH hat am 10. Oktober 2022 die Allgemeine Vorprüfung im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 1 Nummer 9 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit Nummer 13.3.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Grundwasserentnahme“ beim Sächsischen Oberbergamt beantragt.

Die Saxore Bergbau GmbH plant mit dem Bergwerk „Tellerhäuser“ die Lagerstätten Hämmerlein und Dreiberg im Bewilligungsfeld Rittersgrün durch einen modernen Untertagebergbau abzubauen. Der Aufschluss der Lagerstätten soll mittels einer Rampe (ohne Schachtförderung) im Kunnersbachtal realisiert werden. Vorgesehen ist ein Abbau der Erze durch „Streckenvortrieb mit Versatz“ im Mehrortbetrieb. Die weitestgehend automatisierte Aufbereitung der abgebauten Erze soll in einer untertägigen Anlage am Standort Hämmerlein erfolgen. Aufbereitungsrückstände und ein Teil der anfallenden Berge sollen unmittelbar unter Tage wieder als Versatz eingebaut werden. Über Tage ist eine temporäre Lagerung von Bergen (Nebenprodukt) geplant, wofür ein Umschlags- und Produktdepot angelegt werden soll. Unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation wird von einer Betriebsdauer von circa 18 Jahren ausgegangen.

Für das Bergwerk Tellerhäuser ist zunächst eine Sumpfung des Altbergbaus „Grube Pöhla“ der Wismut GmbH erforderlich. Die Sumpfung des Grubengebäudes dient der regulären Trockenhaltung und der Bergbausicherheit des eigenen Grubengebäudes. Im Regelbetrieb erfolgt dann die ständige Sumpfung des eigenen Grubengebäudes und der zuzitzenden Wässer aus dem Altbergbau. Die für das Vorhaben erforderliche Entnahme von Grundwasser, welche sich aus Sumpfungswasser des Altbergbaus und der neuen Auffahrungen zusammensetzt, wird sich voraussichtlich in einem Bereich von 1–1,4 Millionen m³ pro Jahr bewegen.

Derzeit werden die Grubenwässer des Altbergbaus der Grube Pöhla in einer übertägigen Wasserbehandlungsanlage (WBA) der Wismut GmbH aufbereitet und anschließend gereinigt in die Vorflut abgegeben. In der WBA werden die Elemente Eisen, Arsen und Radium entfernt.

Das Grubenwasser aus der Sumpfung wird zunächst in einer Grubenwasserreinigungsanlage behandelt und gereinigt. Ein Teil dieses Wassers wird als Prozesswasser für die Aufbereitung verwendet, der überschüssige Teil wird direkt in das Pöhlwasser eingeleitet.

Mit Beendigung der Gewinnung (nach etwa 18 Jahren) im Bergwerk Tellerhäuser werden die Sohlen unterhalb

+586 m NHN geflutet (über natürlichen Grundwasserzulauf aus dem Kluftsystem). Vorher werden alle Ausrüstungsgegenstände und Materialien (einschließlich der Grubenwasserreinigungsanlage) beräumt. Etwa ein bis drei Jahre nach Abschaltung der Grundwasserhaltungspumpen wird die vollständige Flutung erreicht.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 13.3.2 der Anlage 1 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) vom 13. Juli 1990 (BGBl. I S. 1420), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. November 2019 (BGBl. I S. 1581) geändert worden ist, gemäß § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben der Grundwasserentnahme keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 1 Nummer 1 bis 10 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben zu dem Ergebnis kam, dass die Grundwasserentnahme keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalls lagen folgende Informationen zugrunde:

- Vorhabenbeschreibung zur Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, geplantes „Bergwerk Tellerhäuser“ vom 10. Oktober 2022,
- Umweltvorprüfungsunterlage (Wasser) für das Projekt Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün (Feld-Nummer 2962) (2. Anpassung) vom 10. Oktober 2022
- Stellungnahmen der Landesdirektion Sachsen vom 2. Dezember 2022 und 18. Januar 2023,
- Stellungnahme der Saxore Bergbau GmbH vom 9. Januar 2023.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Im Rahmen der geplanten Grundwasserentnahme werden keine in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeits-

prüfung vorgegebenen Größen- und Leistungswerte erreicht beziehungsweise überschritten.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, zugänglich zu machen und können im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, eingesehen werden.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <https://www.oba.sachsen.de/oeffentliche-bekanntmachungen-4591.html> einsehbar.

Freiberg, den 23. März 2023

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Oberbergamtes
über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung
einer Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld
Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte
Hämmerlein und Dreiberg, Waldumwandlung“
nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
Vom 23. März 2023**

Die Saxore Bergbau GmbH hat am 10. Oktober 2022 die Allgemeine Vorprüfung im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 1 Nummer 9 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit Nummer 17.2.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Waldumwandlung“ beim Sächsischen Oberbergamt beantragt.

Die Saxore Bergbau GmbH plant mit dem Bergwerk „Tellerhäuser“ die Lagerstätten Hämmerlein und Dreiberg im Bewilligungsfeld Rittersgrün durch einen modernen Untertagebergbau abzubauen. Der Aufschluss der Lagerstätten soll mittels einer Rampe (ohne Schachtförderung) im Kunnersbachtal realisiert werden. Vorgesehen ist ein Abbau der Erze durch „Streckenvortrieb mit Versatz“ im Mehrortbetrieb. Die weitestgehend automatisierte Aufbereitung der abgebauten Erze soll in einer untertägigen Anlage am Standort Hämmerlein erfolgen. Aufbereitungsrückstände und ein Teil der anfallenden Berge sollen unmittelbar unter Tage wieder als Versatz eingebaut werden. Über Tage ist eine temporäre Lagerung von Bergen (Nebenprodukt) geplant, wofür ein Umschlags- und Produktdepot angelegt werden soll. Unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation wird von einer Betriebsdauer von circa 18 Jahren ausgegangen.

Die Neuerschließung des Bergwerkes Tellerhäuser wird eine übertägige Fläche von insgesamt circa 8,7 ha beanspruchen. Davon entfallen circa 7,1 ha auf das Produktdepot mit Zuwegungen und Verkehrsflächen. In einem ersten Schritt werden circa 0,5 ha für das Rampenportal, nebst Infrastruktur-, Aufstell-, Umschlags-, Lager- und Verkehrsflächen südlich des Kunnersbachweges beansprucht. Weitere circa 0,3 ha entfallen auf Flächen für Schachtansatz- oder Wetterbohrlochflächen sowie Bewetterungsanlagen oder sonstige Betriebsflächen einschließlich Zuwegungen. Die Büro-, Sozial-, Lager- und sonstigen Infrastrukturflächen beanspruchen etwa 0,8 ha.

Die übertägig geplanten Flächen befinden sich im Wald, so dass eine Waldumwandlung von 8,7 ha erforderlich ist. Entsprechend gesetzlicher Vorgaben sollen dafür Ausgleichsmaßnahmen (Ersatzaufforstungen) durchgeführt werden.

Nach Beendigung des Bergbaus werden die übertägig in Anspruch genommenen Flächen zurückgebaut sowie sukzessive rekultiviert.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der

Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 17.2.2 der Anlage 1 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben vom 13. Juli 1990 (BGBl. I S. 1420), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. November 2019 (BGBl. I S. 1581) geändert worden ist, gemäß § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben der Waldumwandlung keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 1 Nummer 1 bis 10 Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben zu dem Ergebnis kam, dass die Waldumwandlung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalls lagen folgende Informationen zugrunde:

- Vorhabenbeschreibung zur Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, geplantes „Bergwerk Tellerhäuser“ vom 10. Oktober 2022,
- Umweltvorprüfungsunterlage (Wald) für das Projekt Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün (Feld-Nummer 2962) (2. Anpassung) vom 10. Oktober 2022
- Stellungnahmen des Staatsbetriebes Sachsenforst vom 8. Dezember und 23. Januar 2023,
- Stellungnahme der Landesdirektion Sachsen vom 18. Januar 2023,
- Stellungnahme der Saxore Bergbau GmbH vom 9. Januar 2023.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Im Rahmen der geplanten Waldumwandlung werden keine in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgegebenen Größen- und Leistungswerte erreicht beziehungsweise überschritten.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, zugänglich zu machen und können im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, eingesehen werden.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <https://www.oba.sachsen.de/oeffentliche-bekanntmachungen-4591.html> einsehbar.

Freiberg, den 23. März 2023

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Oberbergamtes
über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung
einer Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld
Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte
Hämmerlein und Dreiberg, Prozesswasserbehandlung“
nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
Vom 23. März 2023**

Die Saxore Bergbau GmbH hat am 10. Oktober 2022 die standortbezogene Vorprüfung im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 1 Nummer 9 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit Nummer 13.1.3 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Prozesswasserbehandlung“ beim Sächsischen Oberbergamt beantragt.

Die Saxore Bergbau GmbH plant mit dem Bergwerk „Tellerhäuser“ die Lagerstätten Hämmerlein und Dreiberg im Bewilligungsfeld Rittersgrün durch einen modernen Untertagebergbau abzubauen. Der Aufschluss der Lagerstätten soll mittels einer Rampe (ohne Schachtförderung) im Kunnersbachtal realisiert werden. Vorgesehen ist ein Abbau der Erze durch „Streckenvortrieb mit Versatz“ im Mehrortbetrieb. Die weitestgehend automatisierte Aufbereitung der abgebauten Erze soll in einer untertägigen Anlage am Standort Hämmerlein erfolgen. Aufbereitungsrückstände und ein Teil der anfallenden Berge sollen unmittelbar unter Tage wieder als Versatz eingebaut werden. Über Tage ist eine temporäre Lagerung von Bergen (Nebenprodukt) geplant, wofür ein Umschlags- und Produktdépot angelegt werden soll. Unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation wird von einer Betriebsdauer von circa 18 Jahren ausgegangen.

Für das Bergwerk Tellerhäuser ist zunächst eine Sumpfung des Altbergbaus „Grube Pöhla“ der Wismut GmbH erforderlich. Die Sumpfung des Grubengebäudes dient der regulären Trockenhaltung und der Bergbausicherheit des eigenen Grubengebäudes. Im Regelbetrieb erfolgt dann die ständige Sumpfung des eigenen Grubengebäudes und der zuzitzenden Wässer aus dem Altbergbau. Das Grubenwasser aus der Sumpfung wird zunächst in einer Grubenwasserreinigungsanlage (GWRA) behandelt und gereinigt. Ein Teil dieses Wassers wird als Prozesswasser für die Aufbereitung verwendet.

Für das in der Erzaufbereitung des Bergwerkes Tellerhäuser anfallende Wasser ist neben der GWRA der Betrieb einer Prozesswasserreinigungsanlage (PWRA) notwendig. Diese wird untertägig errichtet und betrieben. Das Prozesswasser wird größtenteils im Kreislauf gefahren. Die Prozesswasserbehandlung sieht verschiedene Behandlungsvarianten mit verschiedenen Prozesssträngen und Modulösungen vor, so dass sich verändernde Qualitäten des Sumpfungswassers berücksichtigt werden können.

Bei dem zu behandelnden Prozesswasser handelt es sich um anorganisch belastetes Abwasser aus der Aufberei-

tung. Die Behandlung erfolgt hinsichtlich der behandlungsbedürftigen Elemente Uran, Radium, Eisen, Mangan, Sulfat, Hydrogencarbonat und Arsen. Das Prozesswasser soll größtenteils im Kreislauf gefahren werden. Die geplante Anlage wird den Leistungswert der Nummer 13.1.3 (10 m³ innerhalb von zwei Stunden) der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung erreichen, aber nicht darüber hinausgehen.

Mit Ende der Gewinnung (nach circa 18 Jahren) erfolgt der Rückbau der Erzaufbereitung und somit auch der Prozesswasserreinigungsanlage.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 13.1.3 der Anlage 1 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben vom 13. Juli 1990 (BGBl. I S. 1420), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. November 2019 (BGBl. I S. 1581) geändert worden ist, gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben der Prozesswasserbehandlung keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 1 Nummer 1 bis 10 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben zu dem Ergebnis kam, dass die Prozesswasserbehandlung keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Der durchgeführten standortbezogenen Vorprüfung lagen folgende Informationen zugrunde:

- Vorhabenbeschreibung zur Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, geplantes „Bergwerk Tellerhäuser“ vom 10. Oktober 2022,
- Umweltvorprüfungsunterlage (Wasser) für das Projekt Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün (Feld-Nummer 2962) (2. Anpassung) vom 10. Oktober 2022
- Stellungnahmen der Landesdirektion Sachsen vom 2. Dezember 2022 und 18. Januar 2023,
- Stellungnahme der Saxore Bergbau GmbH vom 9. Januar 2023.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Im Rahmen der geplanten Prozesswasserbehandlung wird kein in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben vorgegebener Größen- und Leistungswerte erreicht beziehungsweise überschritten. Der Leistungswert der Nummer 13.1.3 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (10 m³ innerhalb von zwei Stunden), wird erreicht, aber nicht überschritten, so dass eine standortbezogene Vorprüfung durchzuführen war.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass meh-

rere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (Sächs-GVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, zugänglich zu machen und können im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, eingesehen werden.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <https://www.oba.sachsen.de/oeffentliche-bekanntmachungen-4591.html> einsehbar.

Freiberg, den 23. März 2023

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Oberbergamtes
über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung
einer Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld
Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte
Hämmerlein und Dreiberg, Wasserspeicher“
nach § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
Vom 23. März 2023**

Die Saxore Bergbau GmbH hat am 10. Oktober 2022 die standortbezogene Vorprüfung im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 1 Nummer 9 Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit Nummer 19.9.3 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Projekt Bergwerk Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün – Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, Wasserspeicher“ beim Sächsischen Oberbergamt beantragt.

Die Saxore Bergbau GmbH plant mit dem Bergwerk „Tellerhäuser“ die Lagerstätten Hämmerlein und Dreiberg im Bewilligungsfeld Rittersgrün durch einen modernen Untertagebergbau abzubauen. Der Aufschluss der Lagerstätten soll mittels einer Rampe (ohne Schachtförderung) im Kunnersbachtal realisiert werden. Vorgesehen ist ein Abbau der Erze durch „Streckenvortrieb mit Versatz“ im Mehrortbetrieb. Die weitestgehend automatisierte Aufbereitung der abgebauten Erze soll in einer untertägigen Anlage am Standort Hämmerlein erfolgen. Aufbereitungsrückstände und ein Teil der anfallenden Berge sollen unmittelbar unter Tage wieder als Versatz eingebaut werden. Über Tage ist eine temporäre Lagerung von Bergen (Nebenprodukt) geplant, wofür ein Umschlags- und Produktdepot angelegt werden soll. Unter Berücksichtigung der aktuellen Marktsituation wird von einer Betriebsdauer von circa 18 Jahren ausgegangen.

Für das Bergwerk Tellerhäuser ist zunächst eine Sumpfung des Altbergbaus „Grube Pöhla“ der Wismut GmbH erforderlich. Im Regelbetrieb erfolgt dann die ständige Sumpfung des eigenen Grubengebäudes und der zuzutenden Wasser aus dem Altbergbau. Das Grubenwasser aus der Sumpfung wird zunächst in einer Grubenwasserreinigungsanlage (GWRA) behandelt und gereinigt. Ein Teil dieses Wassers wird als Prozesswasser für die Aufbereitung verwendet. Für das in der Erzaufbereitung des Bergwerkes Tellerhäuser anfallende Wasser ist deshalb neben der GWRA der Betrieb einer Prozesswasserreinigungsanlage (PWRA) notwendig.

Um temporär zusätzliche Wassermengen aufgrund von Starkregenereignissen, Schneeschmelze oder Ausfällen infolge von Störungen oder Wartungsarbeiten bei der Wasseraufbereitung puffern zu können, sollen untertägig zwei Wasserspeicher mit einem Speichervermögen von 10.000 m³ für anfallendes gereinigtes Grubenwasser aus der Grubenwasserreinigungsanlage und 5.000 m³ für Prozesswasser aus der Erzaufbereitung errichtet werden. Beide Becken stehen je nach Ereignis in einem funktionellen Zusammenhang. Beide Wasserspeicher werden untertägig in einer dafür aufgefahrenden Strecke angelegt. Sohle und Stöße werden mit Spritzbeton ausgekleidet und die Strecke mit einer Mauer am Beckenanfang und -ende halbhoch verschlossen. Zulauf und Ablauf sollen über Pumpen erfolgen. Für die Speisung

wird kein zusätzliches Wasser in das Bergwerk geleitet oder dem Grundwasser entnommen. Aufgrund des erhöhten Feststoffgehalts der Prozesswässer (circa 400 mg/l) ist im Wasserreservoir für die Speicherung von Prozesswässern eine Installation von Rührwerken erforderlich.

Mit Ende der Gewinnung (voraussichtlich nach 18 Jahren) wird das kleinere Wasserreservoir zurückgebaut. Das größere Speicherbecken wird voraussichtlich ein bis drei Jahre länger, bis zur vollständigen Flutung des Bergwerkes Tellerhäuser beziehungsweise der „Grube Pöhla“ bestehen bleiben, um einen eventuell anfallenden Wasserbedarf decken zu können.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist, in Verbindung mit Nummer 19.9.3 der Anlage 1 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben vom 13. Juli 1990 (BGBl. I S. 1420), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. November 2019 (BGBl. I S. 1581) geändert worden ist, gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben der Errichtung und des Betriebs von Wasserspeichern keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit § 1 Nummer 1 bis 10 der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben zu dem Ergebnis kam, dass die Errichtung und der Betrieb der Wasserspeicher keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen können.

Der durchgeführten standortbezogenen Vorprüfung lagen folgende Informationen zugrunde:

- Vorhabenbeschreibung zur Erschließung der polymetallischen Lagerstätte Hämmerlein und Dreiberg, geplantes „Bergwerk Tellerhäuser“ vom 10. Oktober 2022,
- Umweltvorprüfungsunterlage (Wasser) für das Projekt Tellerhäuser im Bewilligungsfeld Rittersgrün (Feld-Nummer 2962) (2. Anpassung) vom 10. Oktober 2022
- Stellungnahmen der Landesdirektion Sachsen vom 2. Dezember 2022 und 18. Januar 2023,
- Stellungnahme der Saxore Bergbau GmbH vom 9. Januar 2023.

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Im Rahmen der geplanten Wasserspeicher werden keine in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben in Verbindung mit der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgegebenen Größen- und Leistungswerte erreicht beziehungsweise überschritten.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise

zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, zugänglich zu machen und können im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, eingesehen werden.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <https://www.oba.sachsen.de/oeffentliche-bekanntmachungen-4591.html> einsehbar.

Freiberg, den 23. März 2023

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 26 0
Telefax: 0351 485 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

30. März 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 